

Keine zusätzlichen Belastungen von Bürgern und Wirtschaft – Gesetzlich beschlossene Abschaffung der Wassersteuer beibehalten (Plenarsitzung vom 19.01.2011)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel*) (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Populisten der FDP sind mal wieder am Werk. Steuern senken, finanzielle Forderungen rauf – so könnte man es auch bezeichnen, was Sie hier im Landtag veranstalten.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Hören Sie doch erst mal zu, Frau Kollegin. Ich habe doch eigentlich noch gar nichts gesagt. – Manchmal hilft ein langes Gedächtnis. Das haben Sie nicht; Sie neigen zur Vergesslichkeit. Alzheimer light scheint bei Ihnen ziemlich verbreitet zu sein.

Ich kann Ihnen nur vorhalten – und erinnere mich noch ziemlich genau daran, wie es im Landtag gelaufen ist; ich habe das Vergnügen mit Ihnen schon ein bisschen länger –: Als ich noch bei den Grünen war, haben wir das Wasserentnahmeentgelt eingeführt. Dann sind Sie 2004/2005 durch den Wahlkampf getingelt und haben verkündet: Das ist eine Belastung, die wir sofort abschaffen müssen! – Wie sah die Realität aus, als Sie im Landtag die Regierung übernommen haben? – Sie haben es nicht abgeschafft, sondern schön weitergeführt.

Jetzt sitzen Sie wieder in der Opposition, und was kommt? – Ein Antrag, dass dies sofort realisiert werden muss. – Das ist die typische Populismuspolitik à la FDP.

Vielleicht sollten Sie sich auch noch etwas intensiver mit der Thematik beschäftigen. Zum einen ist es keine Steuer, sondern eine Gebühr.

(Gregor Golland [CDU]: Das macht es auch nicht besser!)

Zum anderen haben die erhobenen Gebühren auch vernünftige Wirkungen. In einigen Bereichen ist das noch ein bisschen unklar, da muss man noch einmal nachfassen, was genau im Einzelnen passiert. Aber Fakt ist: Damit werden Wasserbewirtschaftungspläne und vieles andere mehr finanziert.

Für uns als Linke ist ganz klar: Wasser, ganz besonders Trinkwasser, ist eines der wichtigsten Güter des Lebens. Es ist ein Rohstoff und ein Lebensmittel, also eine lebenswichtige Ressource und keine Handelsware. Unser Ziel ist es, den Wasserschutz in Nordrhein-Westfalen weiter voranzubringen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Wasserversorgung in den Städten als gemeinsame Daseinsvorsorge zu schützen und in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle zu behalten. Da sehen Ihre Vorstellungen ganz anders aus. „Privat vor Staat“ ist immer noch Ihr Schlachtruf. Am liebsten würden Sie alles privatisieren, auch die Wasserversorgung. Die Prinzipien der FDP sind hier, wie gesagt, sehr klar.

Auch in der EU-Wasserrahmenrichtlinie wird Wasser nicht als übliche Handelsware, sondern als ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss, beschrieben. Mit anderen Worten: Das ist unsere Handlungsmaxime.

Unsere Partei sagt aber auch ganz deutlich: Man muss sich sehr genau angucken, was im Einzelnen passiert, wie das Wasserentnahmeentgelt erhoben, wer damit belastet wird; denn natürlich ist es eine finanzielle Belastung. Man muss sich auch sehr genau anschauen, welche Großabnehmer davon betroffen sind. – Da wollen Sie auch ran, das wollen Sie sich genauer ansehen und haben schon Forderungen.

Bei den Großabnehmern geht es zum Beispiel um den Braunkohlenbergbau, der in jedem Jahr Hunderte von Millionen Kubikmeter Wasser abpumpt, in der Regel bestes Wasser. Auch mit diesem Thema wollen wir Linke uns und muss man sich noch einmal intensiver beschäftigen.

Für uns geht es darum, den Wasserschutz noch weiter voranzutreiben, für besseren Wasserschutz zu sorgen und diejenigen, die tatsächlich, wie auch immer, Wasser verbrauchen oder verschwenden, dafür verantwortlich zu machen, und zwar durch eine ökologische Steuerungswirkung. Daher sind wir durchaus dafür, die – aus unserer Sicht – öffentliche Daseinsvorsorge weiter voranzutreiben. Mit SPD und Grünen gehen wir zumindest in die richtige Richtung. Ich bin gespannt, wie die Debatte weitergeht. Wir haben, wie gesagt, sehr konkrete Vorstellungen.

Ich hoffe auf eine spannende Aussprache im Ausschuss. Wir werden ja die Gelegenheit haben – der Antrag wird überwiesen –, weiter darüber zu diskutieren und uns noch ein paar Gedanken dazu zu machen.

Eins steht jedenfalls fest: Der Antrag der FDP geht in die völlig falsche Richtung. Er ist in keiner Weise hilfreich und entspricht genau dem, was Sie immer machen, nämlich Populismus pur.

(Gregor Golland [CDU]: Das machen Sie nie!)

Mit Populismus pur kommen Sie hier nicht weiter. Das ist die Realität.

(Gregor Golland [CDU]: Ja, klar!)

Wir sind da sehr sachlich orientiert. Wir prüfen jeden Antrag – deswegen haben wir heute zum

Beispiel einem Antrag mit Ihnen zusammen zugestimmt – auf Herz und Nieren. Wenn er vernünftig ist, dann stimmen wir ihm zu. Wenn er unsinnig ist, wie dieser Antrag, dann lehnen wir ihn ab. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Remmel.